

#### **4. These: Der Pragmatismus der linken Parteien ist nicht pragmatisch, ihr Realismus nicht realitätsgerecht. Die reformistischen Scheinlösungen, die ihre Programme bieten, verschärfen nur die zentralen gesellschaftlichen Probleme.**

Der angeblich kritische öffentliche Diskurs über die als gesellschaftlich relevant erachteten Probleme der Arbeitslosigkeit und der Naturzerstörung ist bei allen Debatten und Diskussionen, die da geführt werden, und bei allen Unterschieden und Gegensätzen, die in ihm artikuliert werden und ihn strukturieren, so eindimensional und so gleichgeschaltet, dass das, was politische Parteien und Medien diesbezüglich an Meinungsäußerungen produzieren, eigentlich nur noch als Indoktrination bezeichnet werden kann. Denn getragen wird dieser Diskurs von der unausgesprochenen Voraussetzung, dass der Arbeitszwang selbst nie in Frage gestellt werden darf. Stattdessen steht die genau gegenteilige Frage in seinem Zentrum, nämlich wie immer mehr Arbeitsplätze zu schaffen seien, wie wir immer noch mehr arbeiten können, noch effizienter, flexibler, mobiler und produktiver sein können. Darüber lässt sich trefflich streiten und so kann niemand behaupten, dass es an Kritik oder Pluralismus fehle. Darüber lässt sich aber auch endlos streiten, denn keines der angesprochenen Probleme kann in diesem Diskurs auch nur theoretisch gelöst werden, weil sie systematische und notwendige Produkte eben der kapitalistischen Produktionsweise sind, die in und durch ihn tabuisiert wird. Je pragmatischer sich die öffentliche Diskussion gibt, desto ideologischer ist sie, weil die Beteiligten dort, wo sie die Sache in ihrer kapitalistischen Formbestimmung verhandeln, so tun, als hätten sie es mit der Sache selbst zu tun. Und je realistischer die Lösungsvorschläge für die Probleme sein sollen, desto utopistischer sind sie, weil gerade ihre Ursachen nicht in Betracht gezogen werden.

So erhält sich der Diskurs selbst am Leben. In immer neuen Foren sprechen Politiker und Journalisten in immer neuen Variationen über die immer gleichen Probleme, deren Lösung sie sich auf die Art, wie sie darüber sprechen, nicht nähern können und wahrscheinlich nicht einmal wollen. Die Zuschauer und Zuhörer wenden sich jedoch ab und zappen lieber durchs Programm, weil sie berechtigter Weise das unguete Gefühl beschleicht, dass es in solchen Diskussionen um alles Unmögliche geht, nur nicht um das Mögliche, um das es gehen sollte. Ist aber dieser Pluralismus bereits seiner Form nach ideologisch, weil er Offenheit vorspiegelt, um über seine Geschlossenheit, über das, was verdrängt, verschwiegen, um jeden Preis draußen gehalten werden muss, hinwegzutäuschen, so sind es die Debatten, die da geführt werden, erst recht ihrem Inhalte nach. Gerade an den Programmen und Positionen der in der BRD etablierten linken Parteien, also der SPD, der Grünen und der Linken, lässt sich zeigen, dass der Pragmatismus alles andere als pragmatisch und der Realismus alles andere als realistisch ist. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie

ihre Entstehung der Erkenntnis gesellschaftlicher Probleme und der Einsicht in die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung verdanken, um sie zu beheben. Ihnen ebenso gemeinsam ist, dass sie sich alle in einem Prozess heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen die revolutionären Hörner abgestoßen haben, und zu dem geworden sind, was man eben „etablierte Parteien“ nennt und von Presse und Medien gerade noch so akzeptiert wird. Die Gretchenfrage, die sie dazu beantworten mussten bzw. die Linke noch muss, ist die danach, wie sie es mit dem Kriege halten – also ob sie im Notfall bereit sind, militärische Gewalt zur Aufrechterhaltung des Bestehenden einzusetzen. Nur diese Parteien können im gegebenen Zusammenhang von Interesse sein. Nur sie beschäftigen sich überhaupt in wenn auch verzerrter Form mit dem Arbeitszwang oder zumindest seinen Folgen als einem zentralen gesellschaftlichen Problem, das auch soziale Lösungen erfordert, und zeigen gewisse Skrupel, ihn in letzter Instanz auch mit polizeilicher oder militärischer Gewalt durchzusetzen. Solche Parteien hingegen, die sich von vornherein zur Bewahrung der kapitalistischen Produktionsweise bekennen, tragen naturgemäß mit ihren Programmen nichts zu einer Weiterentwicklung der Gesellschaft im Sinne dieser Thesen bei.

Im Folgenden werden also die programmatischen Schwerpunkte von SPD, Grünen und Linken einer kurzen Betrachtung unterzogen. Im einzelnen sind diese Schwerpunkte bei der SPD der Sozialstaat, an dessen Auf- wie an dessen Abbau sie maßgeblich mitwirkte, und bei den Grünen das, was man in Analogie zum Sozialstaat der SPD den Umweltstaat nennen kann. Die Linken fallen etwas aus dem Rahmen. Sie sind die einzige Partei, die ein bedingungsloses Grundeinkommen fordert. Das bildet zwar nicht einen Schwerpunkt ihrer Politik, aber in Bezug auf eine Diskussion um die Aufhebung des Arbeitszwanges ist diese Forderung selbstverständlich von zentraler Bedeutung – wie man sehen wird, auch für die weitere Entfaltung dieser Thesen. Die Auseinandersetzung mit ihr stellt eine Art Wendepunkt im Argumentationsgang dar, insofern in ihr deutlich werden soll, dass die Aufhebung des Arbeitszwanges allein nicht ausreichen kann, eine andere Gesellschaft herbeizuführen.

#### *a) Die SPD und der Sozialstaat*

All die sogenannten sozialen Probleme, die mit der Arbeit, vor allem jedoch mit der Arbeitskraft und ihrer Erhaltung verbunden sind und landauf landab den gewissermaßen immerwährenden Diskussionsstoff für Politiker, Presse und Medien abgeben, allen voran das der Arbeitslosigkeit, aber auch die der Gestaltung der Kranken- oder der Rentenversicherung bzw. des Sozialversicherungswesens insgesamt, sogar die zentralen Fragen der Bildungs- und der Familienpolitik verdanken ihre Entstehung wie ihre kontinuierliche Reproduktion in immer neuer

Form der kapitalistischen Produktionsweise. Deren innerstes Prinzip ist die Produktion von Mehrwert, und zwar von immer mehr Mehrwert. Der äußere Zwangsmechanismus der Konkurrenz zwingt den Einzelkapitalien dieses Prinzip auf und sie dazu, die Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte beständig zu forcieren und dabei jede Grenze zu überschreiten, die ihr durch die Notwendigkeit von deren Reproduktion gesetzt ist. So irre ist diese Produktionsweise, dass sie, sich selbst überlassen, dazu tendiert, ihre eigene Quelle auszutrocknen, indem sie die Arbeitskraft, die den Mehrwert schafft, vollständig ruiniert. Wenn man unter Realismus eine dem Prinzip der Selbsterhaltung angemessene Wahrnehmung und Beurteilung der gesellschaftlichen Wirklichkeit verstehen will und unter Pragmatismus, im Wortsinne eine an den sachlichen Gegebenheiten und dem Zweck eines besseren Lebens orientierte Praxis, dann ist es weder realistisch noch pragmatisch eine wirkliche Lösung all der genannten Probleme im Rahmen und unter Beibehaltung eben der Produktionsform anzustreben, die sie hervorbringt. Realistisch und pragmatisch und eine echte „Problemlösung“ wäre es vielmehr, die Wirkung zu beheben, indem man ihre Ursache beseitigt.

Stattdessen wurde in einer Geschichte von Arbeitskämpfen und Klassenauseinandersetzungen, die genauer darzustellen und zu erörtern hier nicht der Ort ist, eine Art Ersatzlösung gefunden, nämlich das, was wir heute Sozialstaat nennen. Dessen gesellschaftliche Funktion besteht darin, die Ausbeutung in einigermaßen erträglichen Schranken zu halten bzw. ihre übelsten Folgen abzumildern, um die kapitalistische Produktion am Leben zu erhalten. Das Arbeitslosengeld dient dazu, diejenigen zu unterstützen, die ihre Arbeit verloren haben, die Krankenversicherung kommt für die Kosten medizinischer Behandlung und Verdienstauffälle bei Krankheit auf, die Rente bietet denen ein Auskommen, die nicht mehr arbeiten können und die Sozialhilfe garantiert auch den Arbeitsunfähigen noch ein Existenzminimum. Insofern als der Sozialstaat den Individuen zumindest die nackte Existenz verbürgt, unabhängig davon, ob sie arbeiten, kann man bereits an dieser historischen Kompromisslösung ablesen, dass selbst dies Minimum an Humanisierung der Arbeitswelt, das sie garantiert, ohne Aufhebung des Arbeitszwangs nicht zu haben ist. Allerdings hebt der Sozialstaat den Arbeitszwang nur partiell auf und das in einem gleich dreifachen Sinne: 1. weil das Arbeitslosengeld nur temporär eine Existenz ohne Arbeit aufrechterhalten soll und derjenige, der es erhält, sich gezwungen sieht, möglichst schnell wieder eine Arbeit aufzunehmen, will er nicht zum Sozialfall werden; 2. weil die Sozialversicherungen, erst recht aber die Sozialhilfe, staatlich garantiert und deshalb an den Nationalstaat gebunden sind, in anderen Territorien jedoch weiter gelitten, gehungert und gestorben wird, wenn keine Arbeit gefunden werden kann; und 3. weil die Sozialversicherungsleistungen gesetzlich verankert sind, und deshalb per Parlamentsbeschluss jederzeit verändert werden können.

Gerade die Hartz-Reformen, das große Werk der deutschen Sozialdemokratie, das sogar die CDU-Kanzlerin so sehr bewundert, dass sie ähnliche Strukturanpassungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt gerne allen europäischen Ländern aufoktroieren will, zeigen in aller Deutlichkeit, dass der Sozialstaat nie geeignet war, den Zwangscharakter der Arbeit auch nur zu lockern, sondern vielmehr dazu dient, ihn aufrechtzuerhalten. Die nur partielle Negation des Arbeitszwangs ist in Wahrheit seine Affirmation. Die Hartz-Reformen beinhalten nicht nur die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau und dessen Absenkung unter ein angemessenes Existenzminimum, sondern auch eine Umgestaltung der Verwaltung – vom Arbeitsamt zur Arbeitsagentur –, die die möglichst vollständige Erfassung von Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen und ihre möglichst „effiziente“ Vermittlung erlauben soll. Mit allen irgendwie denkbaren Mitteln und Schikanen sollen so viele als möglich auf den Arbeitsmarkt getrieben werden, um ihre Arbeitskraft unter allen sich bietenden Bedingungen zu verkaufen. Die Arbeitsagenturen sind so gesehen dazu da, unter Einsatz moderner EDV, die wohl erst eine derart strukturierte Erfassung ermöglicht wie sie inzwischen dort betrieben wird, das, was Marx die industrielle Reservearmee genannt hat<sup>1</sup>, umfassend zu mobilisieren. Da eine solche totale Mobilmachung, auch noch in der Krise, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt anheizt, entpuppt sich die Agenda 2010 als politisches Programm, der Lohndrückerei Tür und Tor und überakkumuliertem Kapital auf dem heimischen Boden wieder profitable Anlagemöglichkeiten zu eröffnen. Es gehört deshalb zu der der SPD eigenen Heuchelei, wenn sie heute so tut, als habe man bei Einführung der Hartz-Reformen nicht absehen können, dass sie zu Lohnsenkungen führen wird. Der Mindestlohn soll nun die heftigsten Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen abmildern, aber eine solche Korrektur ist erst jetzt, da die Krise in der BRD einigermaßen überstanden ist, möglich.

Man kann daraus lernen, was man unter Reform heute zu verstehen hat. Parlamente beschließen keine Gesetze mehr, die dann, wie in Stein gemeißelt, das Zusammenleben in einem Staat auf absehbare Zeit regeln, sondern sie reformieren nur noch das einmal geschaffene rechtliche Grundgerüst, d.h. sie passen es der gegebenen wirtschaftlichen Situation an, um, sobald sich diese Situation ändert, diese Anpassung wieder anzupassen. Die Reform ist ein Gesetz von nur sehr beschränkter temporärer Geltung und bereits bei ihrer Abfassung ist allen klar, dass sie demnächst selbst reformiert werden muss. Dass eine die nächste jagt, ist also wohl nicht so sehr den berühmten „handwerklichen Fehlern“ bei ihrer Abfassung zuzurechnen, sondern gehört zum modernen Begriff der Reform selbst. Erst nachdem die Agenda 2010 ihre profitable Wirkung für die Wirtschaft entfaltet hat, kann sie durch den Mindestlohn korrigiert werden. Wäre der von Beginn an ein Teil

---

<sup>1</sup> Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, Frankfurt am Main 1976 (identisch MEW Bd. 23), S. 657.

des Programms gewesen, hätte die Agenda wahrscheinlich nicht solchen wirtschaftlichen Erfolg gezeitigt und in der Öffentlichkeit würde heute eher über die Abschaffung des Mindestlohns als über seine Einführung gesprochen.

Die Hartz-Reformen sind trotz alledem in dem Sinne zu verstehen, in dem sie Schröder stets verteidigt hat, nämlich nicht als Abbau des Sozialstaats, sondern als dessen konsequenten Umbau unter veränderten ökonomischen Umweltbedingungen und als ebenso konsequente Fortschreibung der sozialdemokratischen Programmatik des Reformismus. Die SPD hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Folge heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen, die unter dem Titel des Revisionismusstreits in die Parteigeschichte eingegangen sind, das programmatische Ziel der Transzendierung der Ausbeutungsverhältnisse durch den Weg der beständigen Reformierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Lohnarbeiter ersetzt. Im Gegenzug dazu, dass die politische Vertretung der Arbeiter deren Status als Lohnarbeiter damit zementierte, sollte sich jede Reform dadurch als solche ausweisen müssen, dass sie spürbar zur Hebung ihres Lebensstandards beitragen sollte. Das ist nun offensichtlich bei dem Reformpaket der Agenda 2010 nicht der Fall. In ihrem Zusammenhang von Reform zu sprechen, scheint euphemistisch und zynisch, da sie genau das Gegenteil dessen bewirkt hat, was Reformen aus traditionell sozialdemokratischer Sicht bewirken sollen, nämlich die allgemeine Absenkung des Lebensstandards großer Bevölkerungsteile. Das macht es auch eingefleischten Sozialdemokraten bis heute so schwer, Schröders Lebenswerk angemessen zu würdigen.

Und dennoch folgt seine Reform der pragmatischen Logik des ursprünglichen Reformismus. Bereits dessen Begründer Eduard Bernstein sah den Übergang vom Programm der Revolution zu dem der Reform als eine notwendige Anpassung an Veränderungen der Produktionsweise und ihre gesellschaftlichen Folgen. Er bezog sich dabei auf die Entstehung der später so genannten Angestelltengesellschaft<sup>2</sup> und zog daraus die Konsequenz, dass aufgrund dessen nicht nur die marxische Klassentheorie, sondern auch die Revolutionstheorie modifiziert werden müsse.<sup>3</sup> Schröders Argumentation unterscheidet sich davon nur im Bezugspunkt. Seine Reform soll die vermeintliche Errungenschaft des Reformismus, den Sozialstaat, an den globalisierten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts anpassen, der ihn aufzulösen droht. Was sich da als Resultat der Reformierung zeigt, ist zwar nur die kapitalistische Fratze des Sozialstaats, aber zugleich seine geschichtliche Wahrheit als eines Instrumentes der rationalen nationalökonomischen Organisation der Arbeitskraftressourcen für den Verwertungsprozess des Kapitals. Dass sich die immer nur partiellen Erfolge der Arbeiterbewegung in ihren Kämpfen mit dem Kapital, die ihre Organisationen gerne als

---

<sup>2</sup> Siehe These 8.

<sup>3</sup> Vgl. Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1928.

solche ihres Pragmatismus verkaufen, beständig in neue Produktivkräfte des Kapitals transformieren, ist gewissermaßen das geschichtliche Bewegungsgesetz dieser Produktionsweise, in der auch die technischen Produktivkräfte der lebendigen Arbeit stets nur in Form toter Arbeit, also von Kapital, in Erscheinung treten. Wer immer über die Weltrevolution spottet, sollte sich dessen bewusst werden, dass der vermeintlich so versponnene Wunsch nach ihr, der danach ist, mit diesem Gesetz zu brechen, damit das Leiden endlich dauerhaft gemildert werde, wie es der Reformismus immer wollte.

Die Einsicht in auch seine historische Dialektik wurde dem ursprünglichen Reformismus jedoch versperrt durch seine sozialdarwinistische Geschichtsauffassung, derzufolge sich die menschliche Gesellschaft in einem evolutionärem Prozess zu immer höheren Formen befinde. Diese Ansicht hat sich inzwischen vermittelt durch die Systemtheorie auch in der Soziologie allgemein verbreitet, allerdings mit einer entscheidenden Korrektur. Der Sozialdarwinismus, der immer unterstellen muss, dass der Evolutionsprozess höhere Lebensformen hervorbringe, ohne für die Beurteilung des „höher“ ein Maß benennen zu können, wurde auf den Darwinismus zurückgeführt, der lediglich besagt, dass zufällige Mutationen Lebewesen entstehen lassen, die angepasster an ihre Umweltbedingungen und deshalb überlebensfähiger sind als ihre Artgenossen ohne solche Veränderungen ihres Erbgutes. Vermittels dieser Korrektur neutralisiert der heutige Pragmatismus den ursprünglichen Begriff der Reform. Weder ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse noch länger ihr Maß noch der Sozialismus das, wenn auch in unerreichbare Ferne gerückte, Endziel der beständigen Reformen. Der Pragmatismus entschlackt gewissermaßen die Geschichtsphilosophie, die Bernsteins Reformismus noch zugrunde lag, so wie dieser die marxsche aushöhlte.

Niemand sollte aber deshalb sagen, dass die Pragmatisten sich damit von der Geschichtsphilosophie überhaupt verabschiedet hätten. Sie haben sehr wohl eine. Sie sind keineswegs unideologisch in dem Sinne, in dem sie selbst diesen Begriff verwenden. Ihre Geschichtstheorie ist nur eine, in der die Idee einer von den Menschen bewusst gemachten Geschichte getilgt ist. Sie fassen die menschliche Geschichte als Evolutionsprozess und gliedern sie damit tendenziell der Naturgeschichte ein. Sie haben insofern nicht einmal Unrecht, als sie auf die Naturwüchsigkeit der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung verweisen können. Und sie sprechen damit dem ursprünglichen Reformismus das historische Urteil, dass der der Form und dem Inhalt nach immer nur partielle staatliche Eingriff stets ein von den jeweiligen Machtkonstellationen in der Gesellschaft abhängiges Zufallsprodukt bleibt, das sich auch in sein Gegenteil verkehren kann. Aber Naturwüchsigkeit ist nicht Natürlichkeit. Die Gesellschaft als kulturelles Produkt, die Emanzipation aus dem Naturzwang, die sie zumindest partiell darstellt und die die Entwicklung eben der Wissenschaften erst ermöglichte, die sie nun einzuebnen versuchen, lässt sich nicht

streichen. Zur Selbstreflexion jedoch kann niemand gezwungen werden, auch nicht der naturforschende Soziologe. Für den, und da ist die SPD dank ihrer Berater aus diesem Bereich ganz auf der Höhe heutiger Wissenschaft, ist eine Anpassung eben eine Anpassung – nicht mehr und nicht weniger. Ob sie zu einer Verbesserung des Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung führt oder zu seiner Verschlechterung, spielt keine Rolle dafür, sie als Anpassung zu fassen, solange durch sie das Überleben des Systems abgesichert wird. Weder fließt hier noch ein, dass eine staatliche Reform trotz aller Zufälligkeit, die ihr anzuhaften scheint, ein bewusster, absichtsvoller Akt der Anpassung ist, und damit schon die gesamte darwinistische Logik, die nur physische Anpassungen kennt, durchbrochen wird, noch dass mit der Anpassung nur das Überleben des Kapitalverhältnisses, nicht das der menschlichen Gesellschaft schlechthin oder der Menschengattung an sich ermöglicht wird. Dem falschen Bewusstsein des Pragmatisten zufolge ist eine Reform eine wie auch immer geartete Anpassungsleistung. Jede Wertung verbietet sich hier. Sie obliegt auch nicht dem Wissenschaftler, der sich als purer Beobachter versteht – und offenbar auch nicht der SPD, die sich selbst im seinem Sinne zum Instrument eines blinden Pseudonaturprozesses ökonomischer Evolution macht. Die historische Dialektik, die die Reform in ihr Gegenteil umschlagen lässt, wird verschlungen von der Nacht der neutralisierenden Abstraktion, der alles gleichgültig ist, außer der Fortbestand des mit der menschlichen Gesellschaft identifizierten Kapitalverhältnisses.

#### *b) Die Grünen und der Umweltstaat*

Die Arbeit ist zwar die Substanz des Werts, aber nur eine Quelle des stofflichen Reichtums. Die andere ist die Natur als Reservoir all der gegenständlichen Bedingungen der Arbeit, die nicht produziert sind. Wie es keinen Tauschwert ohne Gebrauchswert gibt, gibt es keine Ausbeutung der Arbeitskraft ohne Ausbeutung der Natur. Und wie die kapitalistische Produktionsweise keine immanente Grenze der Ausbeutung der Arbeitskraft kennt, so kennt sie erst recht keine bezüglich der Naturressourcen. So hielt bereits Marx im Kapital am Ende der 19. Jh. in Bezug auf die im Industrialisierungsprozess begriffene Agrikultur fest, was für den Zusammenhang zwischen Ausbeutung der Natur und der Arbeitskraft insgesamt gilt:

„Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größere Flüssigmachung der Arbeit erkaufte durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden

Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“<sup>4</sup>

Aber nicht nur laugt die immerwährende Jagd nach dem Mehrwert die Natur genauso aus wie die Arbeitskraft, sondern die strukturelle Widersprüchlichkeit der privatwirtschaftlich organisierten Produktion verdeckt auch die Naturzerstörung. Ökonomisch stehen die Einzelunternehmen im erbitterten Konkurrenzkampf gegeneinander, technisch sind sie hingegen wechselseitig voneinander abhängig und kooperieren. Unter diesen Umständen kann sich auch ihr technischer Zusammenhang nur hinter ihrem Rücken bemerkbar machen, vor allem was die ökologischen Folgen ihrer Produktionen anbetrifft. Das lässt sich leicht an der einfachsten Form ihres blinden Zusammenwirkens nachvollziehen, nämlich der, dass sich der Dreck, der in jeder einzelnen Produktion anfällt, und dessen Menge für sich genommen viel zu gering ist, als dass er nicht vom entsprechenden Ökosystem leicht absorbiert werden könnte, sich zu solchen Größenordnungen addiert, dass es kollabiert.

Unter solchen ökonomischen Bedingungen ist es gar nicht so verwunderlich, dass die Umweltverschmutzung erst Dimensionen annehmen musste, die zumindest in ihrer prognostischen Verlängerung, z.B. durch den Club of Rome<sup>5</sup>, für die Gesamtgesellschaft ähnlich bedrohlich schienen wie die Auswirkungen eines Atomkrieges, bevor sie auf breiteres Interesse stieß. Der Müllmagen der Natur ist groß, es dauert eine Zeit bis er gefüllt ist. Und anders als die menschlichen Opfer der Verwertung des Wertes, können sich Tiere und Pflanzen weder politisch, noch gewerkschaftlich organisieren. So dauerte es gut hundert Jahre bis in der BRD, der immer eine Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz zugesprochen wird, neben dem sozialen als weiteres Problemfeld das der ökologischen Folgen der Industrialisierung ins öffentliche Bewusstsein rückte, sich eine sogenannte Protestbewegung formierte und daraus mit den Grünen eine Partei hervorging, die seitdem gewissermaßen als Vertreter der Natur die durchaus menschlichen Interessen an deren Erhaltung politisch artikuliert und gegen Wirtschaftsinteressen durchzusetzen sucht.

Für den kapitalistischen homo oeconomicus, dem beschränktesten Exemplar der menschlichen Spezies, stellt einerseits der Umweltschutz grundsätzlich nur einen Kostenfaktor dar. Jegliche Anstrengung in dieser Richtung wird er vermeiden, weil sie seine Produktionskosten in die Höhe

---

<sup>4</sup> Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, Frankfurt am Main 1976 (identisch MEW Bd. 23), S. 529/530.

<sup>5</sup> Vgl. Donella Meadows, Dennis Meadows, Jørgen Randers & William W. Behrens: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, übers. v. Hans-Dieter Heck, Stuttgart 1972.



treibt und er sich damit einen Konkurrenznachteil einhandelt. Andererseits muss auch er auf die Erhaltung der natürlichen Existenz- und Produktionsbedingungen bedacht sein, da die Verfügung über sie wie die über die produzierten Produktionsmittel, die ihm in Form des Rechtstitels des Privateigentums an ihnen gesellschaftlich verbürgt ist, ihm allein ermöglicht, sich Mehrwert anzueignen. Werden die Umweltbedingungen seiner Produktion von anderen geschädigt, stellt dies eine Entwertung seines Privateigentums dar und resultieren daraus Kosten, entsteht ihm eben auf diese Weise ein Konkurrenznachteil.

Nun sieht das bürgerliche Privatrecht für solche Fälle zwar das Institut der Schadenersatzregelung vor, aber gerade das stößt angesichts der gesellschaftlich betriebenen Naturzerstörung an seine juristischen Grenzen. Einstmals ward es erfunden, um die Verhältnisse der privaten Einzelproduktionen untereinander so zu regeln, dass Störungen des normalen Produktionsablaufes durch Fremdverschulden, weil z.B. Zulieferer Rohmaterialien nicht fristgerecht bereitstellen, von demjenigen, der sie verschuldet, kompensiert werden. Aber schon, wenn angesichts der immensen Größe, die bestimmte Produktionen inzwischen erreicht haben, Unfälle dazu führen können, dass ganze Landstriche verseucht werden, kann es sein, dass den Geschädigten auch ihr Anspruch auf Schadenersatz nicht mehr weiterhilft, z.B. weil die Kompensation die verursachende Firma in den Bankrott treibt. Dann können sie nur noch darauf hoffen, dass der Staat einspringt. Gänzlich ausgehebelt wird das Schadenersatzprinzip jedoch, wenn es der Zusammenhang der Produktionen ist, der sich in Form von Umweltschäden geltend macht. In Sachen Naturzerstörung scheint seine Wirksamkeit schon fragwürdig, weil es offenbar nur bereits entstandene Schäden reguliert, statt sie zu verhindern. Aber auch wenn die juristische Voraussetzung der Schadenersatzregelung die Annahme ist, dass die Dinge grundsätzlich und im Ganzen gesehen ihren normalen, ungestörten Lauf nehmen und ihr Zweck der ist, diesen normalen Lauf der Dinge zu garantieren, so wird sie, was die ökologischen Folgen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses anbetrifft, gerade dadurch unwirksam, dass es in diesem Fall eben sein normaler, ökonomisch reibungsloser Verlauf ist, der die Schäden hervorruft. Und das dürfte die Sorglosigkeit der Produzenten sogar eher noch steigern. Da die unmoralische Natur blind zurückschlägt, kann einerseits jeder hoffen, dass es ihn schon nicht so hart treffen wird und dementsprechend wird sich seine Bereitschaft, Vorkehrungen dagegen zu treffen, in engen Grenzen halten. Andererseits kann er darauf rechnen, dass eine Verursachung im Einzelfall nie eindeutig nachweisbar ist. Der dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eigene privatrechtliche Regelungsmechanismus versagt, wenn es darum geht, den Fortschritt des Prozesses der Naturzerstörung und damit der Entwertung von Kapitalien aufzuhalten. Wer immer daraus Nachteile zu erwarten hat, wird nach dem Staat rufen, als der einzigen Instanz, auf die er die Kosten abwälzen kann oder die zumindest in der Lage ist, seine Konkurrenten dazu anzuhalten, ihren Teil

zu übernehmen. In ähnlich paradoxer Weise wie im Fall der SPD und deren Sozialstaatspolitik, ist es deshalb das Wirtschaftssystem selbst, das mit den Grünen und deren Umweltpolitik einer weiteren gegen es gerichteten politischen Kraft bedarf, die via staatlicher Intervention seinen selbstdestruktiven Tendenzen entgegenwirkt.

Aber auch wenn in der Privatwirtschaft selbst die Forderung nach staatlicher Regulierung, um Wettbewerbsverzerrungen durch wachsende Umweltverschmutzung zu vermeiden und die Koexistenz der Konkurrenten zu garantieren, einen gewissen Anklang finden muss, kann der homo oeconomicus Eingriffe in seine Produktionsweise im Sinne der Erhaltung von deren Naturbedingungen nur akzeptieren, insofern dadurch sein Privateigentum an ihnen geschützt wird. Für die Wirtschaft steht deshalb jedes Gesetz, das Auflagen bezüglich der Nutzung der gegenständlichen Produktionsbedingungen enthält, von vornherein unter dem Generalverdacht der bürokratischen Gängelung oder noch schlimmer, des staatlichen Übergriffs auf die freie unternehmerische Verfügung über das Privateigentum. Erträglich erscheint es den Unternehmern nur dann, wenn es einen angeblich fairen Interessenausgleich herbeiführt, also dafür sorgt, dass alle die gleichen Konkurrenzvor- bzw. -nachteile davon zu erwarten haben – eine Bedingung, die angesichts ihrer strukturell gegensätzlichen Interessen eigentlich nie zu erfüllen ist. Es finden sich immer welche, die sich benachteiligt fühlen. So bleibt das allgemeine Umweltwohl den mehr oder weniger zufälligen Kräfteverhältnissen innerhalb der Konkurrenz überlassen und kann und muss immer gegen Wirtschaftsinteressen durchgesetzt werden. Daraus ergibt sich die absurde Konstellation, dass das wirklich allgemeine Interesse an der Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen vom Staat nur insoweit wahrgenommen werden soll, als es sich im Rahmen und innerhalb jener Beschränkungen bewegt, die durch die Wirtschaftsweise gesetzt sind, die sie systematisch untergräbt.

Aus der Wirtschaftsperspektive gesehen sind deshalb die Grünen ein notwendiges Übel, das hinzunehmen ist, damit die kapitalistischen Einzelproduktionen einander nicht gegenseitig das Wasser abgraben und sich die Luft zum Atmen nehmen, das aber auch nur so lange hinzunehmen ist, solange die Ökologie der Ökonomie angepasst wird und nicht umgekehrt. Auf der anderen Seite des Klassengegensatzes, bei der SPD als der Partei, die traditionell der Arbeiterbewegung verbunden ist, beäugt man Umweltauflagen ebenso kritisch – aus eigentlich demselben Grund. Zwar kümmern die SPD die Gewinne der Unternehmen weniger und sie steht auch Staatsinterventionen seit jeher aufgeschlossen gegenüber, aber sie sorgt sich darum, dass das Kapital abwandern könnte, wenn ihm der Umweltschutz hierzulande zu teuer käme und damit Arbeitsplätze verloren gingen. An die Möglichkeit zu arbeiten, ist jedoch für diejenigen, die sie vertritt, die unmittelbare Existenz geknüpft. Auch muss man bei der SPD noch in viel stärkerem

Maße als bei den traditionell bürgerlichen Parteien darauf bedacht sein, dass sich die Produkte durch Auflagen in Sachen Umweltschutz nicht so verteuern, dass ihre Klientel sich ihre Lebensmittel nicht mehr leisten kann. Denn dann wäre trotz „Arbeitsplatzbesitz“ eine entsprechende Versorgung ebenfalls nicht mehr gewährleistet. In je stärkerem Maße die SPD gerade in den letzten Jahren darauf dringt, die Erwerbstätigenquote durch Aufstockerei, Leiharbeit, Befristungen, Teilzeit, Werkverträge etc., also um den Preis von Reallohnneinbußen für jeden einzelnen in die Höhe zu treiben, desto entschiedener muss sie jeglichen Ambitionen der Grünen Schranken setzen.

Eingeklemmt zwischen den politischen Vertretungen der Klassengegner durchliefen die Grünen eine Entwicklung nicht unähnlich derjenigen, die weiland die SPD in ihrem Revisionismusstreit nahm. In heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Fundis und Realos mauserten sie sich zu einer sogenannten etablierten Partei. Dazu mussten die Realos die Überhand gewinnen, die Partei von den hartnäckigsten Fundis gesäubert, der Rest von ihnen zum linken Flügel domestiziert und die Gesamtpartei auf einen umweltreformistischen Kurs ausgerichtet werden. Man kann dies den normalen Gang der zumindest linken Parteidinge unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nennen. Denn es liegt in der Logik des demokratisch repräsentativen Parteiensystems die sogenannte Regierungsfähigkeit zu erlangen. Und die attestieren die anderen, bereits etablierten Parteien, vor allem jedoch die bürgerlichen Medien, die sich hier wahrlich allesamt als Vertreter der Wirtschaft bewähren, nur den Parteien, deren Programm dokumentiert, dass sie sich der bei allen Interessenunterschieden übergeordneten Staatsräson, Vertreter eines Staats des Kapitals zu sein, unterworfen haben.

Heute haben die Grünen es geschafft, die Umweltproblematik als eine Art Querschnittsaufgabe im gesamten Parteienspektrum zu verankern und sind nicht nur regierungs-, sondern sogar nach beiden großen politischen Lagern hin koalitionsfähig. Solcher Erfolg ist jedoch teuer erkaufte. Die Anpassung an den vorgegebenen wirtschaftlichen und politischen Rahmen geht auf Kosten des eigenen allgemeinen Programmanspruchs. Wo die gegenständlichen Bedingungen der Produktion die Form von Privateigentum haben, muss der Versuch die Existenz- und Produktionsbedingungen aller zu erhalten, sich an eben dieser gesellschaftlich durchgesetzten Form brechen. Denn deren Inhalt ist mit jener Allgemeinheit der eigenen Forderung unvereinbar. Er besteht, der Name sagt es bereits, in einer Privation an der Allgemeinheit. Wo einzelne oder auch Wirtschaftskonglomerate mit den Naturbedingungen der Menschheit, von deren politischen Verfassungen geschützt, grundsätzlich schalten und walten können, wie es ihnen gefällt, kann auch der staatlich verordnete Umweltschutz immer nur soweit gehen, als es die wenigen Eigentümer zulassen. Wer es mit ihm ernst meinte, der müsste zuerst den gegenständlichen Produktionsbedingungen die allgemeine

ökonomische Form geben, die seinem eigenen allgemeinen Anspruch entspricht, also sie vergesellschaften.

Damit wären jedoch nur die objektiven Bedingungen dafür geschaffen, der Naturzerstörung Einhalt zu gebieten. Nicht umsonst zählen die Grünen bis heute eher zu den kleinen Parteien und rekrutieren ihr Klientel vornehmlich aus der sogenannten Mittelschicht, die nicht nur überleben, sondern gut leben will. Die unten haben hingegen andere Sorgen und müssen andere Prioritäten setzen. Für die gilt: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Umweltmoral. Obwohl die Naturzerstörung sich inzwischen zu einem offensichtlich gesamtgesellschaftlichen Problem ausgewachsen hat und sich unmittelbare und vermittelte Risiken für die eigene Existenz längst nicht mehr so einfach unterscheiden lassen, setzen also auch hier die sozialen Gegensätze der Wahrnehmung enge Grenzen und verhindern, dass ihm die Bedeutung zugemessen wird, die ihm zukommt. Dass diese Gegensätze aber solche Auswirkungen auf das politische Bewusstsein haben und schließlich die Organisationen der Arbeiterbewegung in Konflikt bringen mit den selbsternannten Vertretern der Natur hat seinen Grund darin, dass beide Seiten sich völlig einig darin sind, den Zusammenhang zwischen Arbeitszwang und Naturzerstörung zu verdrängen. Die Folge davon ist, dass sich die Organisationen der Arbeiterbewegung für Umweltschutz höchstens dann interessieren, wenn es um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen geht, und bei den Grünen das Bewusstsein für die ökonomische Bedingtheit der eigenen Sichtweise und politischen Akzentsetzung unterentwickelt bleibt. Um zu denen durchzudringen, für die die ökologischen Folgen der Industrialisierung nur von sekundärer Bedeutung sein können, müssten sie sich zum Programm machen, die gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, unter denen die Naturzerstörung als ein wirklich allgemeines Problem wahrgenommen werden kann. Aber statt von den Menschen den Druck zu nehmen, unter den sie die Produktionsverhältnisse setzen, indem sie ihre Bedürfnisbefriedigung von ihrer Arbeitsleistung abzukoppeln fordern, versuchen sie sie davon zu überzeugen, dass es erstrebenswert sei, wie sie ein gutes Leben zu führen, ohne sich viele Gedanken darum zu machen, ob das jenen überhaupt möglich ist, die froh sein können, wenn sie gerade so über die Runden kommen.

Weil die Grünen sich so wenig um die ökonomischen Voraussetzungen einer Realisierung ihrer umweltpolitischen Forderungen kümmern, nehmen diese die Form von moralischen Ansprüchen an und treten ihre Vertreter wie Moralapostel in Erscheinung. Die Moralideologie verklärt und verdeckt die bestehenden Produktionsverhältnisse aber nicht, indem sie sie direkt affirmiert und verherrlicht, sondern indem sie die ökonomische Oberfläche und das Verhalten der Individuen, die sich auf ihr bewegen müssen, kritisiert. Die Umweltbewegten nehmen der Problematik der Naturzerstörung selbst die allgemeine Bedeutung, die sie ihr erst verschafft haben. Sie

individualisieren sie dadurch, dass sie naiv der Macht der Verbraucher huldigen, die tun sollen, was die gar nicht können, selbst wenn sie wollten, nämlich die Wirtschaft in eine umweltfreundliche Richtung zu lenken. Mit solcher Individualisierung gesellschaftlicher Verantwortung gliedern sie sich bestens dem neoliberalen Zug der Zeit ein. Die Grünen selbst erscheinen so nicht länger als eine Partei, die ein allgemeines Interesse artikuliert, sondern als Vertreter einer bestimmten Klientel, eben jener, die ein auch zahlungsfähiges Bedürfnis nach umweltfreundlich hergestellten und qualitativ hochwertigen Produkten repräsentieren und nun den anderen, die nicht in gleicher Weise zahlungsfähig sind, erklären, dass es doch nur in ihrem Interesse wäre, wenn auch sie bei ihrem Konsum sich naturverbundener zeigten oder ihn zumindest ein wenig einschränkten.

Ein Umweltbewusstsein im recht verstandenen Sinne kann aber nicht in einem „Zurück zur Natur!“ oder in Askese seinen Ausdruck finden. So wie es sich historisch im Durchgang durch die Industrialisierung entwickelte, ist die Naturzerstörung selbst nur im Einklang mit Massenproduktion und umfänglicher Versorgung der Gesamtbevölkerung in den menschlichen Griff zu kriegen. Das bedeutet aber, dass die beiden Seiten des sachlichen Zusammenhangs zwischen Ausbeutung der Arbeit und der der Natur nicht politisch gegeneinander isoliert werden dürfen, weil sonst das, was zusammengehört, als Gegensatz erscheint. Die Grünen hingegen haben es mit ihrem Moralismus zwar fertiggebracht, den Umweltschutz auf die politische Agenda zu setzen und sich im demokratischen Repräsentationsapparat zu etablieren, aber um den Preis, dass das gesamtgesellschaftliche Interesse an ihm grundsätzlich mit dem ebenfalls gesamtgesellschaftlichen Interesse an einer funktionierenden Wirtschaft zu kollidieren scheint. Sie vertiefen gesellschaftliche Gräben gerade dadurch, dass sie von ihnen absehen.

Völlig verkehrt erscheinen jedoch die Verhältnisse erst, wenn diese von der wirtschaftlichen Realität abstrahierende Haltung auch noch als realistisch und pragmatisch ausgegeben wird – was man allerdings auch so interpretieren kann, dass damit die abstrakte, kritische Moralideologie ihren affirmativen Charakter eingesteht. Grüner Moralismus und grüner Pragmatismus sind die beiden Seiten einer Medaille und genau das hält, bei allen Auseinandersetzungen, Fundis und Realos in einer Partei zusammen. Deren Programm schnurrt nun de facto darauf zusammen, statt die Existenz- und Produktionsbedingungen aller zu erhalten, angesichts der offenbar unaufhaltsamen Naturzerstörung einer privilegierten Minderheit ein einigermaßen gesundes Leben zu ermöglichen. Umweltpolitik erscheint unter der Bedingung kapitalistischer Produktionsverhältnisse realistisch, wo die Ökologie dem Rahmen der kapitalistischen Ökonomie ein- und angepasst wird, indem sie als kompromissbereite Politik der kleinen Schritte mit reduzierten Ansprüchen auftritt. Aber wie jeder Reformismus beinhaltet eine solche Politik keine allmähliche Annäherung an das allgemeine Gute, sondern seine Negation. Die Partikularisierung des Allgemeinen stellt nicht dessen

schrittweise Verwirklichung dar, sondern führt nur wieder dazu, dass einige auf Kosten einer überwiegenden Mehrheit ihr vermeintlich gutes Leben genießen können.

Um aber auch nur das der verrückten kapitalistischen Wirtschaftsordnung abzurufen, muss politisch an dem uneingeschränkt allgemeinen Anspruch festgehalten werden. So werden die Umweltaktivisten nimmer müde vorzurechnen, welche gesamtgesellschaftlichen Kosten bestimmte Produktionsmethoden verursachen. Und die Unternehmer werden nimmer müde, ihnen entgegenzuhalten, dass deren Umstellung so teuer käme, dass sie das um ihre Konkurrenzfähigkeit bringen würde, was selbstverständlich viele Arbeitsplätze kosten würde. Vielleicht wird derzeit nirgends der Widerspruch zwischen gesellschaftspolitischer Vernunft und der privatwirtschaftlichen Organisation der Produktion greifbarer als hier. Aber statt das Problem an der Wurzel der Wirtschaftsweise zu packen und diese mit einem entsprechenden, die ökonomischen Bedingungen der eigenen Ansprüche reflektierenden Programm offensiv in Frage zu stellen, suchen die vermeintlichen Realos nach weder realitätsgerechten, noch der Sache angemessenen, dafür aber mit der naturzerstörenden kapitalistischen Produktionsweise vereinbaren Lösungen. Und sie geraten mit ihnen in immer schwerwiegendere Konflikte mit ihrer eigenen Basis, die sich inzwischen in NGOs zu organisieren beginnt und versucht, wenigstens weitere Privatisierungen von Naturressourcen abzuwehren.

Ein partieller, also im Sinne der Realos pragmatischer Ausgleich zwischen gesellschaftspolitischer Vernunft und Privatwirtschaft kann nur dort erreicht werden, wo es gelingt, gestützt auf Konkurrenten, die sich durch die fortschreitende Naturzerstörung bedroht sehen oder an ihr zu verdienen hoffen, per Gesetz der Wirtschaft allgemeine Umweltstandards aufzuerlegen, die gleiche Wettbewerbsbedingungen verbürgen. Dieser Vorgehensweise ist allerdings auch nur mäßiger Erfolg beschieden, wenn die Umweltpolitik nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch beschränkt ist. Auch der Umweltstaat ist wie der Sozialstaat Bestandteil des Nationalstaats. Seine Gesetze haben nur Geltung auf seinem Territorium, deshalb können Auflagen, die Kosten für die dort ansässigen Firmen verursachen, für diese Unternehmen, die in einem globalen Wirtschaftssystem in internationaler Konkurrenz stehen, nie gleiche Wettbewerbsbedingungen herbeiführen. Die Unternehmen können jederzeit darauf verweisen, dass an anderen Standorten die verlangten Standards nicht herrschen und damit drohen, ihr Kapital abzuziehen.

In den think tanks der Grünen hat sich deshalb die Überzeugung durchgesetzt, dass man den Umweltschutz dem gegebenen Wirtschaftssystem selbst implementieren muss. Drei einander ergänzende Strategien sind erkennbar, mit denen das Ziel, die Produktion möglichst umfassend auf umweltfreundliche Verfahren umzustellen, verfolgt wird. Da nationale Gesetzgebungen in nur sehr begrenztem Maße wirken, werden internationale Rahmenabkommen angestrebt, in denen bestimmte

Umweltziele festgelegt werden und die so verbürgen sollen, dass gewisse Umweltstandards von allen Nationalstaaten eingeführt und umgesetzt werden. So werden die Möglichkeiten der Unternehmen, die Standorte gegeneinander auszuspielen, eingeschränkt und der Umweltschutz zu einem Kostenfaktor, mit dem jedes von ihnen zu rechnen hat. Die zweite Strategie besteht darin, eine eigene Umweltindustrie aufzubauen, die selbst nach Kapitalgesetzen funktionierend, ihre Profite einerseits mit der Verarbeitung und Beseitigung des Mülls und Drecks macht, andererseits mit der Entwicklung und Bereitstellung solcher Produktionsverfahren ihr Geld verdient, die das technische Fundament bilden, auf das die grüne Umstellung der Produktion insgesamt sich stützen soll. Das Gelingen sowohl der politischen wie der technischen Strategie ist jedoch von der dritten, der ökonomischen, abhängig, die darauf abzielt, die gesellschaftlichen Folgekosten zu einem Element der betriebswirtschaftlichen Kalkulation zu machen und die Produktionskosten realitätsgerechter zu gestalten, indem man die Müllbeseitigung bzw. -verhinderung in sie hineinrechnet. Man lässt sich ganz auf die Logik kapitalistischer Warenproduktion ein, erzwingt nicht mehr von Staats wegen direkt eine ökologische Anpassung, sondern schafft lediglich einen politischen Rahmen, in dem ein ökonomisches Anreizsystem funktionieren soll, das garantiert, dass die Unternehmen die Kosten für den Umweltschutz selbst übernehmen.

Die Grünen entwickeln so das Verursacherprinzip der traditionellen Schadenersatzregelung zeitgemäß weiter. Weil eine Verursachung nicht mehr individuell zurechenbar ist, wenn die Schäden zu den normalen Produktionsfolgen gehören, sollen die Unternehmen anteilig für ihre Verschmutzung zahlen, und zwar im Vorhinein, nicht erst wenn die Schäden entstanden sind. Der Grundgedanke dabei ist der, dass die Folgekosten, sind sie erst einmal Teil der Produktionskosten, durch die Konkurrenz selbst, die deren ständige Absenkung durch Rationalisierung erzwingt, ebenfalls reduziert und die Umweltverschmutzung auf diese Weise vermindert wird. So würden jene Unternehmen, die Umweltschutz praktizieren, produktiver im kapitalistischen Sinne produzieren und die Wettbewerbsverzerrung beseitigt, die dadurch entsteht, dass die größten Dreckschleudern ihre Produktion dadurch billig halten, dass sie der Gesellschaft bzw. den Konkurrenten den eigenen Müll bzw. die Kosten für dessen Beseitigung aufhalsen.

Das scheint das Prinzip des Emissionsrechte- oder Zertifikatehandels zu sein, mit dem die Grünen und andere Umweltaktivisten der Luftverschmutzung beikommen wollen. Sie stellt denn auch den Prüfstein für die zukünftige Entwicklung der Umweltpolitik der Realos dar. Denn aufgrund des Luftaustausches lässt sich die Verschmutzung hier nicht eingrenzen. Wenn in Fukujima Radioaktivität, oder in der BRD und Polen CO<sub>2</sub> in die Luft geblasen wird, hat das, je nach Windrichtung, Auswirkungen auf ganz andere Gebiete. Aber die angebliche Lösung sieht nun nichts

anderes vor, als dass die Atmosphäre, die anders als die Erde an sich nicht parzellierbar ist, nun wie diese Warenform erhält.

Das bürgerliche Recht, das die Warenproduktion schützen soll, wird durch Instrumente wie den Zertifikatehandel nicht nur gemäß der der kapitalistischen Produktionsweise immanenten Logik weiterentwickelt, sondern zugleich ausgehöhlt. Seine Schadenersatzregelung beruht auf dem Rechtsgrundsatz des *neminem laedere*, also auf dem Gebot, niemandem durch seine eigenen Handlungen Schaden zuzufügen. Der Übergang von strikter Regulierung zu einem staatlich gelenkten Anreizsystem hebt dieses Gebot, das, in wenn auch abstrakter Weise, Rechtsgleichheit verbürgen soll, aus. Wer es sich leisten kann, darf nun anderen schaden. Er muss nur seinen Konkurrenten die entsprechenden Zertifikate abkaufen. Der staatliche Rechtsschutz wird privatisiert und eine Art ökonomische Selbstjustiz etabliert, die nicht mehr von einzelnen, sondern von Großkonzernen geübt wird. NGOs wie Attac sprechen in diesem Zusammenhang gerne von Refeudalisierung, so als ob der Skandal darin bestünde, dass Errungenschaften des kapitalistischen Zeitalters wie die Gleichheit vor dem Gesetz aufgekündigt werden und die Gesellschaft in die Zustände des finsternen Mittelalters zurückfalle. Sie übersehen dabei, dass die partielle, durch internationale Abkommen von den Staaten selbst abgesegnete Auflösung von deren Gewaltmonopol und Recht auf der Basis kapitalistischer, nicht feudaler Produktionsverhältnisse erfolgt. Wenn die Polizei gegen Umweltaktivisten, die gegen die Privatisierung des Gewaltmonopols demonstrieren, eben dieses durchsetzt, wenn die sich angeblich gewalttätiger Übergriffe schuldig machen, dann sollen die leichten Knüppelschläge auf den Hinterkopf nur ihrer Erinnerung nachhelfen, dass sie sich gegen eine Politik vergehen, die von ihren eigenen Parteivertretern unterstützt wird. Die Aufgabe bewährter bürgerlich-liberaler Rechtsgrundsätze auch auf Seite der Grünen passt sich umstandslos in die allgemeine neoliberale Tendenz ein, den Staat, wie es sich Frau Merkel wünscht, marktkonform auszugestalten, was bedeutet, dass er sich der Aufgabe anzunehmen hat, brachliegendem Kapital neue Anlagesphären zu sichern – auch wenn er dazu Hoheitsrechte preisgeben muss.

Die Konsequenz jener Strategie, die Umweltkosten den Produktionskosten zu integrieren und damit den Umweltschutz der Regulierung durch die Marktkräfte anheimzugeben, ist, dass damit Bereiche der Natur warenförmig gemacht werden, die es bis dahin nicht waren. Die grünen Realos leisten mit ihrer angeblich pragmatischen Politik einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Kommodifizierung der Natur und dergestalt zu jener Forcierung der kapitalistischen Landnahme, die moderne, marxistische Ökonomen als die Besonderheit des neoliberalen Akkumulationsregimes identifiziert haben<sup>6</sup>. Sie sorgen dafür, dass allem, selbst der Luft zum Atmen, ein Preisschild

---

<sup>6</sup> Siehe These 3.



angehängt wird. Nur geht es zumindest beim Zertifikatehandel nicht darum, die Natur bzw. natürliche Unterschiede auszubeuten, mit der Folge, dass Naturressourcen nachhaltig zerstört werden, sondern hier werden ganz direkt bestimmte Quantitäten der Atmosphäre durch ihren Verkauf zur Zerstörung freigegeben und diese Zerstörungsrechte handelbar.

Umgekehrt entstehen aber nicht nur neue Märkte, sondern auch neue Arten von Märkten, nämlich solche, die durch Staatseingriff hergestellt und gelenkt sind. Soll der Gesamtausstoß von CO<sub>2</sub> tatsächlich verringert werden, muss die Zertifikatmenge kontinuierlich verringert werden. Die Kritiker der Wirtschaftsverbände bemängeln deshalb zu Recht, dass es sich bei der ganzen Konstruktion gar nicht um ein, wie immer vorgegeben, wirklich marktwirtschaftliches Instrument handelt. Die Staaten geben die Zertifikate aus und sie müssen ihre zumindest derzeit noch zu hohe Menge beständig per politischen Beschluss absenken.

Foucault hat bereits in den 70er Jahren festgestellt, dass es genau jene sogenannte Hybridkonstruktion von marktkonformem Staat und staatlich erzeugtem und gelenktem Markt ist, die den Neoliberalismus auszeichnet und ganz grundsätzlich vom traditionellen Liberalismus mit seinem Ideal vom Nachtwächterstaat unterscheidet.<sup>7</sup> Diese Transformation, der die Arbeiterbewegung mit ihrem Keynesianismus selbst den Boden bereitet hat und der gegenüber sie machtlos in der Defensive verharren muss, solange sie ihm nicht abschwört, ist die Folge der Veränderung des Marktes selbst. Der ist längst nicht mehr der Hort der freien Konkurrenz, sondern der Kampf- und Handelsplatz von Monopolen und Oligopolen. Deren Profiten müssen per Staatseingriff beständig Anlagesphären geschaffen und gesichert werden, damit sie überleben können. Dabei zeugt das gerüttelt Maß an Planung, das hier bereits aufgebracht wird, davon, wie substanzlos und verlogen die ständigen Tiraden über die Planwirtschaft von liberaler Seite sind und wie nah die Menschheit der Möglichkeit ist, ihre Produktion bewusst zu organisieren. Die Grünen aber reißen sich lieber dem neoliberalen Trend ein, weil sie meinen, in einem politisch, gewissermaßen künstlich am Leben gehaltenen Markt ließe sich auch der Umweltschutz unterbringen. Dabei übersehen sie, dass der aber immer für die Unternehmen nur einen Kostenfaktor darstellt. Die trübe neoliberale Einheit von Staat und Markt hebt schon nicht deren Gegensatz auf, erst recht aber nicht den zwischen dem gesamtgesellschaftlichen Interesse an der Erhaltung der Natur und der kapitalistischen Mehrwertproduktion. Und so werden die Unternehmen kraft der ökonomischen Logik, die sie bestimmt, dazu getrieben, mit allen verfügbaren Mitteln, alle staatlichen Maßnahmen zum Umweltschutz aufzuhalten oder zu unterlaufen. Und wer sich bei diesem Spiel auch noch auf ihre Logik einlässt, wird stets den Kürzeren ziehen.

---

<sup>7</sup> Vgl. Michel Foucault: Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Vorlesungen am Collège de France 1977-1978, hrsg. v. Michel Sennelart, übers. v. Claudis Brede-Konersmann und Jürgen Schröder, Frankfurt am Main 2004.

Dementsprechend ist an sich schon äußerst fraglich, ob die schizophrene Logik, Natur zum Zweck ihrer Zerstörung zu verkaufen, um damit die Naturzerstörung insgesamt zu vermindern, aufgeht. Denn auch hier geht es aus Sicht der Wirtschaft lediglich darum, einen Ausgleich in der Konkurrenz zu schaffen. Die Dreckschleudern sollen nicht abgeschafft, sondern lediglich dafür gesorgt werden, dass sie nicht auch noch einen Konkurrenzvorteil davon haben, dass sie sorglos die Luft verpesten. Solange jedenfalls die Unternehmen die Zertifikate so preiswert wie derzeit erstehen können, gibt es keinen besonderen Anreiz neue Produktionsmethoden einzuführen. Aber selbst wenn der Mechanismus gegen allen Widerstand der Wirtschaft dagegen greifen sollte, würde dies nur um den Preis forciert Privatisierung und damit einer erheblichen Verschärfung der sozialen Gegensätze geschehen.

Aber nicht die Natur muss gerettet werden. Die braucht uns nicht. Was erhalten werden muss, sind die natürlichen Existenz- und Produktionsbedingungen der Menschen. Wenn das nur durch neue Formen der Enteignung gelingt, muss sich niemand wundern, wenn sich eine zunehmende Zahl derer, die von ihrem Gebrauch ausgeschlossen werden, gegen diesen vermeintlichen Fortschritt wehren. Ohne Aufhebung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und des durch sie gesetzten Arbeitszwanges besteht keine Chance, dem Fortschritt der Naturzerstörung Einhalt zu gebieten.

### *c) Die Linke und das bedingungslose Grundeinkommen*

Der einzige politische Vorschlag, der den Arbeitszwang ernsthaft in Frage stellt und trotzdem in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert wird – wenn auch die Mainstream-Medien ihm weiterhin ein nur randständiges Dasein zubilligen –, ist der, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen. Auch er ist ein Kind des alles beherrschenden pragmatischen und realistischen Ungeistes. Die gesamte Debatte dreht sich fast ausschließlich um seine Machbarkeit in der gegebenen Wirtschaftsform und alle Modelle und Argumentationen seiner Befürworter dienen dazu, sie unter Beweis zu stellen. Mit ihm erreichen Pragmatismus und Realismus aber auch ihre Grenze und dort offenbaren sie ihr abstrakt utopistisches Wesen in aller Deutlichkeit. An diesem Vorschlag kann eine historisch konkrete Gesellschaftskritik ansetzen, eine Kritik also, die das öffentliche Bewusstsein auf seinem derzeit sozial fortgeschrittensten Stand über sich hinauszutreiben intendiert. Und sie muss dort ansetzen, insofern der Vorschlag mit der Zielsetzung der bisherigen Thesen, die Befriedigung der Bedürfnisse der Individuen von deren Arbeitsleistung abzukoppeln, übereinstimmt. Eine Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens beinhaltet so gesehen eine Selbstkritik und soll dazu beitragen, nicht nur den Mangel bzw. die Einseitigkeit der eigenen

Argumentation offenzulegen, sondern sie auf diese Weise weiterzuentwickeln und zu weiteren Thesen zu kommen.

Dem Netzwerk Grundeinkommen zufolge ist das bedingungslose Grundeinkommen

„ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden. [...] Das Grundeinkommen wird erstens an Individuen anstelle von Haushalten gezahlt, zweitens steht es jedem Individuum unabhängig von sonstigen Einkommen zu, und drittens wird es gezahlt, ohne dass eine Arbeitsleistung, Arbeitsbereitschaft oder eine Gegenleistung verlangt wird.“<sup>8</sup>

Die Problematik der Forderung ist schnell benannt. Ihre Befürworter lassen sich, indem sie von einem Einkommen sprechen, vorbehaltlos auf die Geldform ein. Sie unterstellen damit die kapitalistische Produktionsweise als die Grundlage, auf der das Grundeinkommen erwirtschaftet werden soll. Darüber kann auch die sehr allgemein gehaltene Formulierung nicht hinwegtäuschen, in der die Forderung an eine nicht genauer bestimmte politische Gemeinschaft adressiert ist, die offenbar gleichgültig dagegen und unabhängig davon, was auch immer ihre wirtschaftliche Basis ist, das Grundeinkommen als ein Menschenrecht garantieren soll. Aber das Geld fungiert nur als allgemeingültige und notwendige Äquivalentform der durchgesetzten Warenwirtschaft, weil die Arbeitskraft selbst eine Ware ist. Dann ist jedoch die Forderung nach einem Grundeinkommen die danach, im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse und unter der Bedingung ihrer Aufrechterhaltung, das Fundament zu untergraben, auf dem die gesamte ausbeuterische Mehrwertproduktion steht, nämlich den stummen, sachlich vermittelten Zwang, die eigene Arbeitskraft an diejenigen zu verkaufen, die über die Produktionsmittel verfügen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist so gesehen ein Widerspruch in sich und Ablehnung und Skepsis, die dem Vorschlag entgegengebracht werden, erscheinen verständlich.

Im öffentlichen Diskurs, der immer ums goldene Kalb tanzt, manifestieren sie sich in der Frage nach der Finanzierbarkeit dieses Grundrechts, das unter gegebenen Bedingungen die Form einer Sozialleistung annehmen müsste. Woher soll also der arme Staat das viele Geld nehmen, das solcher sozialer Luxus kosten würde? Die Befürworter müssen sich nicht darüber beklagen, dass ihnen immer und immer wieder diese Gretchenfrage von allen Seiten gestellt wird. Denn mit der Geldform haben sie nicht nur die kapitalistische Produktionsweise als nicht zu thematisierende Voraussetzung anerkannt, sondern auch deren ideologische Form, also das Geld als Gedankenform,

---

<sup>8</sup> Netzwerk Grundeinkommen: Die Idee, <https://www.grundeinkommen.de/die-idee>; (Stand: 16.10.2014).

in der die Debatte ums Grundeinkommen und alle politischen Konflikte darum auszutragen sind, egal welche Verzerrungen daraus resultieren.

Das Geld eignet sich so gut als Medium des politischen Diskurses, weil es so abstrakt ist. Als allgemeine Äquivalentform aller Waren ist es das, was im Tausch, ähnlich dem von allen Magiern des Mittelalters und der frühen Neuzeit gesuchten Stein der Weisen, sich in die Gestalt jeden Gebrauchswertes verwandeln kann. In ihm verkörpert sich der losgelassene Machbarkeitswahn, der sich endlich aller technischen Schwierigkeiten und aller Widerstände der Materie enthoben dünken kann. Seiner Qualität nach suggeriert es also absolute Dispositionsfreiheit über Dinge und Menschen. Die ist allerdings dadurch beschränkt, dass es zu einem gegebenen Zeitpunkt immer nur in einer bestimmten Quantität zur Verfügung steht. Die Höhe des Grundeinkommens wird sich dementsprechend danach ausrichten, ob der Finanzbedarf insgesamt, der sich aus ihr multipliziert mit etwa 80 Millionen Beziehern in der BRD ergibt, nicht die Grenze dessen überschreitet, was staatlicherseits zu diesem Zweck an Steuern und Abgaben aus der Gesellschaft an Geldmitteln absorbiert werden kann. Der Streit um das Grundeinkommen reduziert sich dergestalt darauf, wo diese Grenze angesetzt wird. Alle Rechenspiele, die in diesem Zusammenhang angestellt werden – und es gibt inzwischen zahlreiche Modelle durchs gesamte politische Spektrum hindurch von Rechts nach Links – drehen sich nur darum, ob diese Grenze eingehalten wird oder nicht. Diejenigen, die das Grundeinkommen ablehnen, sind, ebenso wie seine Befürworter in den Reihen von Konservativen und Liberalen, der Auffassung, dass sie bereits erreicht, wenn nicht schon überschritten, der Sozialstaat sowieso schon zu aufgebläht sei und eher abgebaut werden sollte. Wenn überhaupt, dann kann man sich auf dieser Seite nur mit der Idee des Grundeinkommens anfreunden, wenn es quasi zum Nulltarif zu haben wäre, d.h. wenn es das Niveau der jetzigen Sozialhilfe wenig oder gar nicht überstiege. Unter dieser Bedingung hat die Idee sogar einen gewissen Charme auch für Konservative und Liberale, weil die Zusammenfassung verschiedener Sozialleistungen zu der einen des Grundeinkommens Bürokratieabbau und eine Verschlankung des Staatsapparates verspricht, die sie sich auf ihre Fahnen geschrieben haben. Außerdem passt die Förderung individueller Unabhängigkeit grundsätzlich zu einer liberalen Programmatik und deren Vertreter könnten, wie so oft, eine progressive Idee der Linken aufnehmen und in ihrem Sinne nutzen, d.h. aushöhlen, indem sie der faktisch auf dem Arbeitsmarkt stattfindenden Erpressung das euphemistische Etikett aufkleben, eine auf ökonomischen Anreizen beruhende, von den Individuen selbst gewünschte Arbeitsaufnahme zu sein.

Ernstzunehmendere Vertreter der Grundeinkommensidee finden sich eher auf der linken Seite des politischen Spektrums. Dort gilt der Sozialstaat seit jeher als Umverteilungs- und damit Gerechtigkeitsinstrument, dessen Spielraum durch Steuererhöhungen für hohe Einkommen und für

Vermögen noch deutlich erweitert werden kann. Auf dieser Seite wird von einer Höhe des Grundeinkommens von mindestens 1000 Euro ausgegangen. Auch dieser Betrag liegt nur geringfügig über der Armutsgrenze für Singles und kann deshalb keineswegs als ausreichend betrachtet werden für ein Grundeinkommen, das als Individualleistung gedacht ist. Insofern trennt Linke und Rechte gar nicht so viel und so scheint es durchaus im Bereich des politisch Möglichen, dass sie sich dereinst ganz pragmatisch auf eine bestimmte Höhe einigen. Denn das ist das Schöne am Geld und macht es so geeignet als Medium des politischen Diskurses, dass es immer um gewisse Summen geht, also um in Zahlen ausdrückbare, kontinuierliche Größen, die beliebig teilbar sind. Als abstraktes Nadelöhr, durch das jede politische Position sich zwängen muss, bildet der Finanzbedarf und damit die Geldform die trübe Einheit auch aller parlamentarischer Verhandlungen politischer Gegensätze, die im Geschacher um eine Geldmenge ihre qualitative Bestimmtheit letztlich einbüßen. Irgendwann findet, wie auf jedem Basar, eine bestimmte Höhe des Grundeinkommens, die beide Seiten gerade noch so akzeptieren können, ihre Zustimmung, und dann können sie den faulen Kompromiss, der angeblich das Wesen der Demokratie ausmacht, als wichtigen Schritt auf dem Weg zum eigentlichen Ziel, das nie erreicht wird, feiern.

Erst ab einer Größenordnung deutlich über dem Existenzminimum und irgendwo zwischen ihm und dem mittleren Einkommen kann man von einer wirklichen Veränderung zwar nicht der Gesellschaftsstrukturen, aber des Sozialsystems sprechen. Erst dann wäre eine grundlegende individuelle Unabhängigkeit sowohl von Unterhaltszahlungen anderer als auch von einem weiteren Einkommen durch Arbeit gegeben. Und erst dann erhielte der Ausdruck „bedingungsloses Grundeinkommen“ seinen spezifischen Sinn als einer für ein Einkommen, das gleichgültig, ob gearbeitet wurde oder wird, ob Sozialbeiträge geleistet wurden oder nicht, jedem als Menschenrecht zusteht und seine Existenz einigermaßen sichert, ohne dass er sich genötigt fühlen muss, eine Arbeit aufzunehmen.

Trotzdem soll sich die weitere Diskussion an Modellen wie dem der Partei „Die Linke“, die als einzige die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen in ihr Programm aufgenommen hat, und das wohl zu den derzeit ausgefeiltesten zählt, orientieren, ohne auf Einzelheiten allzu sehr abzuheben. Dieses Modell sieht z.B. auch über den Grundbetrag hinaus vor, dass zusätzliche Ansprüche auf Sozialleistungen nicht durchs Grundeinkommen aufgehoben werden und es durch eine einheitliche, alle einschließende und bis zur Höhe des Grundeinkommens beitragsfreie Krankenversicherung in Form einer Bürgerversicherung sekundiert wird.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Vgl. Die Linke: Unser Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens, [https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/PDF/BAG\\_Brosch2016.pdf](https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/PDF/BAG_Brosch2016.pdf); (Stand 01.11.2018).

Die Erfinder solcher Modelle versprechen sich davon, dass die Berechtigten mit einem Grundeinkommen im Rücken zum ersten Mal in der Geschichte eine wirkliche Wahl haben, eine Arbeit aufzunehmen oder nicht, dass damit Inhalt und Qualität der Arbeit ein angemessenes Gewicht im Verhältnis zum Verdienst erhalten, dass Druck entstehen würde, unangenehme, unbefriedigende, als sinnfrei oder gar schädlich erachtete Arbeiten, falls möglich, abzuschaffen, falls nicht möglich, so weit es eben geht, zu maschinisieren. Selbst Unternehmer, wie der dm-Gründer Götz Werner erwarten sich Produktivitätssteigerungen, weil ihre Beschäftigten deutlich motivierter an die Arbeit gingen. Entweder würden sie durch die Erwerbsarbeit sich etwas zum Grundeinkommen dazuverdienen wollen oder sie wären wirklich an ihr interessiert, in beiden Fällen beruhte die Arbeitsaufnahme darauf, dass die Arbeit tatsächlich den Menschen etwas bieten müsste. Ökonomie als Anreizsystem würde so Wirklichkeit und wäre nicht länger ein euphemistischer Etikettenschwindel.

Denjenigen schließlich, die keine bezahlte Arbeit fänden oder annehmen wollten, würde die finanzielle Absicherung erlauben, sich ehrenamtlich zu engagieren. So verspricht man sich vom Grundeinkommen nicht nur eine höhere politische und zivilgesellschaftliche Aktivierung, sondern auch eine zumindest teilweise Auflösung des rein ökonomischen, aber sachlich nicht nachvollziehbaren Unterschieds zwischen bezahlten produktiven Arbeiten und vermeintlich nicht-produktiven Tätigkeiten, die nur deshalb nicht produktiv sein sollen, weil sie nicht unmittelbar der sogenannten Wertschöpfungskette integriert sind, aber dennoch als nützlich und notwendig betrachtet werden. Ganz grundsätzlich würde, so die Befürworter unter den Linken, mit der Einführung eines angemessenen Grundeinkommens ein Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen Anthropologie vollzogen, weg von der Vorstellung vom Menschen als einem Faultier, das zur ungeliebten, aber notwendigen Arbeit gezwungen werden muss, hin zu der vom Menschen, der arbeitet, weil er arbeiten will.

Selbstverständlich stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit bei einem Grundeinkommen in Höhe von über 1000 Euro in ganz anderer Weise als bei den Pseudomodellen von Konservativen und Liberalen. Auch wenn man die bisherigen Sozialleistungen, die durch das Grundeinkommen ersetzt würden, Steuerfreibeträge, die wegfielen, und die Einsparungen in der Verwaltung gegenrechnet, ergibt sich ein immer noch erheblicher zusätzlicher Finanzbedarf, der durch Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und Vermögen (im Linken-Modell für Einkommen über 7000 Euro monatlich) abgedeckt werden muss.<sup>10</sup>

Im öffentlichen Diskurs dient denn auch die Fixierung auf die benötigten immensen Summen normalerweise dazu, die Idee des Grundeinkommens von vornherein zu diskreditieren.

---

<sup>10</sup> Ebd.

Ausgerechnet der schon erwähnte Unternehmer Götz Werner gibt in einem Interview mit der FAZ vom 15.08.2010, als er mal wieder nach der Finanzierbarkeit gefragt wird, einigermaßen genervt, die einzig richtige Antwort darauf. Er verweist darauf, dass die obstinate Frage nach dem Geld nur verwirre, da Geld nicht gegessen werde, und es schließlich darauf ankomme, ob eine Volkswirtschaft in der Lage sei, die notwendigen Konsumtionsmittel zu produzieren. Und das sei in der BRD schon seit langem der Fall. Der Umsatz der Konsumgüterindustrie übersteige um ein Mehrfaches das, was sich als Finanzbedarf für ein Grundeinkommen ergebe.<sup>11</sup>

Das ist die Antwort eines echten Pragmatikers. Wenn die ganzen abstrakten Rechenspiele, die ständig z.B. auch von der WHO angestellt werden, die alljährlich ausrechnet, dass genug Lebensmittel hergestellt werden, damit keiner mehr auf der Welt hungern muss, zu irgendetwas taugen, dann dazu, in Zahlen zu belegen, was allen Thesen hier als Annahme zugrundeliegt, nämlich dass die Produktivität längst so weit entwickelt ist, dass die Menschen in einen vernünftigen, freieren Gesellschaftszustand eintreten könnten. Ja, Götz Werners korrekter Verweis auf die Umsatzraten der Konsumgüterindustrie ist sogar noch deutlich konkreter als die üblichen Zahlenwerke, denn er belegt nicht nur, dass die produktiven Möglichkeiten einer allgemeinen Versorgung vorhanden sind, sondern dass die entsprechenden Produktionskapazitäten in der Industrie, auf die es ankommt, der Lebensmittelindustrie, bereits aufgebaut sind.

So fällt die Frage nach der Finanzierbarkeit, wenn man sie wie Götz Werner als die pragmatische nach der Machbarkeit versteht, zurück auf der Erfinder Haupt. Gestellt wird sie, um die Befürworter des Grundeinkommens der utopistischen Spinnerei zu überführen und der Lächerlichkeit preiszugeben. Lächerlich machen sich jedoch einzig die Fragenden, die noch nicht bemerkt haben, dass sie längst ganz praktisch beantwortet ist. Wären sie die Pragmatiker, die sie zu sein vorgeben, müssten sie statt des Finanzbedarfes die sozialen Hindernisse thematisieren, die einer Abschaffung von Arbeitszwang und Armut in einer reichen Gesellschaft entgegenstehen.

Aber das tut auch Götz Werner nicht. Es verwundert schon, ausgerechnet von einem Unternehmer, der das Grundeinkommen nur für eine intelligentere Basis für eine produktivere kapitalistische Produktion hält, mit einer solchen Argumentation konfrontiert zu werden. So sehr ist ihm sein soziales Sein, sein Unternehmertum, zur zweiten Natur geworden, dass er es inzwischen mit seiner ersten verwechselt. Anders lässt sich schwerlich erklären, wie er plötzlich aus dem vorgegebenen Rahmen springt, und glaubt, dass die kapitalistische Produktion allein deshalb, weil genug Konsumgüter hergestellt werden, auch dazu geeignet sei, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Er vergisst schlichtweg, dass sie am Mehrwert, nicht am Bedarf orientiert ist, und

---

<sup>11</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arbeitsmarkt-und-hartz-iv/dm-gruender-goetz-werner-1000-euro-fuer-jeden-machen-die-menschen-frei-1623224.html>; (Stand 31.03.2015)

meint, man müsse ersteren nur in Form von Geld unter die Leute bringen, um die Bedürfnisse, die bestehen, auch zahlungsfähig zu machen – und alle wären zufrieden.

Das ist denn doch zu viel der Naivität des Unternehmers. Seine Antwort ist gut, richtig und passend, geht aber an der Frage vollständig vorbei. Die Interviewer wollen nicht wissen, ob es technisch und ökonomisch möglich ist, die dem Gegenwert des anvisierten Grundeinkommens entsprechenden Konsumgüter herzustellen, sondern ob ein Grundeinkommen in dieser Höhe mit dem Fortbestand kapitalistischer Produktionsverhältnisse kompatibel ist. Das ist der Inhalt der Frage nach der Finanzierbarkeit, die keineswegs mit der nach der Machbarkeit identisch ist. Schließlich dürfen die FAZ-Journalisten zu Recht davon ausgehen, dass der Unternehmer, der die ganze Zeit von einem geldwerten Einkommen und nicht von der angemessenen Produktion und Distribution von Gebrauchswerten spricht, nicht an den Grundfesten der kapitalistischen Produktion zu rühren wünscht.

Hier sind die Linken und all die anderen Modellbastler ein gutes Stück weiter als der schnoddrige Firmenchef. Ihre Modellrechnungen sind dazu da, im öffentlichen Diskurs und in der Sprache des Geldes, die er als einzige akzeptiert, davon zu überzeugen, dass jetzt schon, innerhalb der gegebenen kapitalistischen Produktionsweise, es möglich ist, den Arbeitszwang zu lockern. Und die Partei Die Linke zumindest ist sich dessen völlig bewusst, dass es sich beim Grundeinkommen nicht um ein, wie sie sagt „Allheilmittel“ für die gesellschaftlichen Malaisen handelt, sondern um einen vermeintlich rein pragmatischen Vorschlag, mit dem gar nicht mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gebrochen wird und werden soll.

Sie sieht jedoch in der Einführung des Grundeinkommens einen Schritt, der hier und jetzt gemacht werden kann, um einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung näher zu kommen. Diese Sichtweise ist durchaus plausibel. Die Linke schließt mit ihrem Modellvorschlag an den ursprünglichen Reformismus, wie er sich in der SPD zu Beginn des 20. Jh. ausbildete, an und entwickelt ihn sogar ein Stück weiter. Mit ihrem Modell will sie die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung sofort und nicht erst am St. Nimmerleinstag nach der Weltrevolution verbessern. Darüber hinaus ist ihm aber gewissermaßen eine Art Vektor in Richtung auf die Ablösung kapitalistischer Produktionsverhältnisse eingeschrieben. Es wird eben nicht nur der Lebensstandard der breiten Masse gehoben, sondern zugleich mit dem Arbeitszwang ein Grundpfeiler der existierenden Wirtschaftsordnung angegraben. Davon kann man sich zumindest erhoffen, dass diejenigen, die dann in den Genuss eines solchen Grundeinkommens kommen, an Selbstbewusstsein gewinnen, andere Ansprüche an ihre Arbeit und die Produktion ausbilden, als nur mehr schlecht als recht überleben zu können, und die neue Freiheit von materiellem Zwang dazu nutzen, sich auch politisch dafür einzusetzen, dass diese Ansprüche erfüllt werden. Die Partei „Die



Linke“ setzt so auf eine Art praktische Ideologiekritik, darauf, dass durch die Verwirklichung ihres Modells sich die Bindung der Menschen an den Kapitalismus in dem Maße lockert, in dem der Druck, der auf ihnen lastet, abnimmt. Es ist das, was eine linke Partei unter gegebenen Bedingungen und unter der Androhung ihres Verbots, wenn sie allzu offen ihren Willen zum Umsturz der bestehenden Eigentumsordnung proklamiert, tun kann. Ob sie damit erfolgreich sein kann, da ihre Gegner das, was sie erhofft, befürchten müssen, und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften schon dem ersten unscheinbar pragmatischen Schritt wehren, steht auf einem anderen Blatt.

Aber die Linke gerät, was nicht anders zu erwarten war, mit ihrem Modell nicht nur in Konflikt mit Konservativen, Liberalen, Unternehmern und Besserverdienern, sondern mit ihrer Rückkehr zum alten Reformismus bzw. seiner Weiterentwicklung auch in Streit mit der gehassliebten Schwesterpartei SPD, die inzwischen einem ganz anderen, neoliberalen Reformismus huldigt. Der Konflikt zwischen den beiden so ähnlichen Parteien sollte nicht als einer zwischen Personen oder zwischen Parteistrategien missverstanden werden, es ist einer in der Sache. Schröders neuer Reformismus beruht auf der Einsicht, dass der Sozialstaat unter Druck gerät, wenn die Profitraten fallen und die kapitalistische Produktion in die Krise schlittert. Seine Politik räumt den Primat der globalisierten Ökonomie und die Abhängigkeit des Sozialstaats von ihr ein. Die Linke hingegen geht davon aus, dass politische Entscheidungen wie der Abbau von Unternehmens- und Vermögenssteuern oder die Deregulierung der Finanzmärkte maßgeblich für die Entwicklung eines flexiblen Kapitalismus und den Abbau von Sozialleistungen in den vergangenen Jahrzehnten waren. Angesichts der Verflechtungen zwischen Staat und Wirtschaft dürfte die Frage, wem von beiden der Vorrang zukommt, nicht leicht zu entscheiden sein. Die Antwort wäre jedoch von Bedeutung, weil sie eine Einschätzung zuließe, wie realistisch ein Grundeinkommensmodell ist, das allmählich dem Kapitalismus gewissermaßen von unten, durch Bewusstseinsänderung der Bevölkerung Schritt für Schritt das Wasser abgraben will und dabei jede direkte Konfrontation zu meiden sucht. Oder anders formuliert: Waren die neoliberalen Deregulierungen und der Abbau von Sozialleistungen im Zuge der Agenda 2010 nicht notwendig, um die wirtschaftliche Basis eines sozialen Restbestandes zu sichern? Oder umgekehrt: Würden die durchaus beträchtlichen Steuererhöhungen, die die Linke zur Deckung des zusätzlichen Finanzbedarfes für ein Grundeinkommen vorsieht, nicht genau jene Wirtschaftsentwicklung sabotieren, die nötig ist, um es zu bestreiten?

Zu sehr scheint die Partei noch in Staatsgläubigkeit und soziologischen Klassenvorstellungen befangen, zu sehr der Autonomie der Politik zu huldigen, um zu verstehen, was vor sich geht. Schon die Rede von der Umverteilung von unten nach oben, die in der neoliberalen Ära stattgefunden habe und die in den Reihen der Linken gepflegt wird, verrät eine sonderbare Staatsfixierung, so, als ob

die Partei entweder den Staatssozialismus ihrer Vorgänger noch nicht überwunden habe, oder so sehr in ihrer Funktion als Partei aufgehe, dass sie neben der staatlichen Sphäre alles andere vergisst – vor allem, dass der bürgerliche wie der moderne Staat auf der bestehenden Eigentumsordnung und kapitalistischen Produktionsverhältnissen aufgebaut ist. Selbst, wo er, wie im Falle des Sozialstaats partiell in Widerspruch zur privatwirtschaftlich organisierten kapitalistischen Produktionsweise steht und ihr Beschränkungen auferlegt, fungiert er als ideeller Gesamtkapitalist und setzt gesamtgesellschaftliche Vernunft nur zum Zweck der Erhaltung eben dieser privatwirtschaftlich organisierten Mehrwertproduktion durch. Er ist und bleibt auch dabei ökonomisch von dieser Wirtschaftsform abhängig und kann es sich dort, wo er auf zusätzliche Finanzmittel angewiesen ist, nicht leisten, deren Dynamik abzuwürgen – zumal nicht unter Bedingung fortschreitender Globalisierung und damit gesetztem Standortwettbewerb unter verschiedenen Nationalstaaten.

Der Linken hingegen scheint der Staat ein uneingeschränkter Souverän zu sein, oder doch zumindest ein neutrales Instrument, mit dem man die Gesellschaft in die Richtung treiben kann, die man für richtig hält. Man müsse deshalb, wenn auch diesmal auf dem Wege von demokratischen Wahlen, die Macht im Staate erringen und könne ihn dann als großen Umverteilungsapparat verwenden. Was sich da in Reden und im Wirken der Linken in Bezug auf ihre Vorstellung vom Verhältnis von Staat und Gesellschaft abzeichnet, lässt sich vielleicht – um der Verdeutlichung willen übertrieben und zugespitzt – folgendermaßen skizzieren: Die kapitalistische Wirtschaft produziert den gesellschaftlichen Mehrwert, den der soziale Staat per Steuererhebung einsammelt, und dann nach eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen und Bedarf neu verteilt. Alles was die Linke dazu bräuchte, außer der Staatsmacht, wäre der Schulterchluss mit dem Staatsvolk, das der offensichtliche Adressat ihres Grundeinkommensmodells ist.

So weit, so schön – die neue Welt. Aber sie entpuppt sich näherem Hinsehen als das, was Huxleys „Brave new world“ sein sollte, nämlich eine sogenannte negative Utopie. Utopisch im schlechten Sinne ist sie, weil trotz aller noch so ausgefeilter Nachweise der Finanzierbarkeit, die Rechnung ohne den kapitalistischen Wirt gemacht wird. Negativ ist sie, weil, selbst wenn der Traum der Linken entgegen allen vorgetragenen Bedenken gegen seine Vereinbarkeit mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen in Erfüllung gehen sollte, es ein Alptraum wäre.

Das Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens stellt sich dar als folgerichtiger Ausbau und Umbau des existierenden Sozialstaats, wie er sich spätestens in der sogenannten fordistischen Ära in den entwickelten Industrieländern und unter ihnen in der BRD, die hier exemplarisch betrachtet wird, etabliert hat. Bereits existierende Sozialleistungen wie Kindergeld und ähnliche Maßnahmen der Familienförderung, Sozialhilfe, Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenversicherung, sowie die

Rente werden vereinheitlicht und tendenziell zu einer Leistung zusammengefasst, die sie, soweit keine darüber hinausgehenden Ansprüche bestehen, ersetzt. Die verschiedenen Absicherungen in jeder Phase des Lebens, das auch hier maßgeblich als Erwerbsleben gefasst ist, in der Kindheit und Jugend, wenn noch nicht gearbeitet wird, im Erwachsenenalter, wenn gearbeitet wird, aber man den Wechselfällen und Risiken der Entwicklungen am Arbeitsmarkt ausgesetzt ist, und im Alter, wenn man nicht mehr arbeiten kann, werden zusammengefasst und der Sozialstaat somit rationalisiert. Der Sozialstaat wird jedoch darüber hinaus auch auf eine neue Grundlage gestellt, indem die Berechtigung zum Bezug dieser Leistung abgekoppelt wird von der Bedingung, selbst Arbeitsleistungen zu erbringen bzw. erbracht zu haben. Das meint ja das Attribut „bedingungslos“. Die Rede von der „Bedingungslosigkeit“ ist jedoch zumindest irreführend. Denn als Leistung des Sozialstaats müssen sich dessen Schranken auch auf das Grundeinkommen auswirken. Jeder Sozialstaat ist Bestandteil eines Nationalstaates. Mit einem Grundeinkommen würde für die Bewohner des Territoriums, auf das er sich erstreckt, die soziale Bedingung der Arbeitsleistung zwar wegfallen, aber sie würde durch eine politische Berechtigung ersetzt. Die mag aussehen, wie sie will, es mag die Staatsbürgerschaft sein oder der Erstwohnsitz, irgendwo muss die Grenze gezogen werden, einfach weil der Nationalstaat Grenzen hat. Es ist zwar aller Ehren wert, wenn das Netzwerk Grundeinkommen besonders hervorhebt, dass es sich bei der bedingungslosen Existenzsicherung um ein Menschenrecht, nicht ein Bürgerrecht handelt und auf ähnliche Entwicklungen in Ländern wie Brasilien verweist, die nicht zu den reichen Staaten gehören. Aber es zeugt dennoch von einer gewissen Naivität ebenso gegenüber der nationalstaatlichen Weltordnung wie gegenüber den wirtschaftlichen Verhältnissen und Abhängigkeiten zwischen entwickelten und weniger entwickelten Nationen sich vom Sozialstaat die Aufhebung des Arbeitszwanges zu erhoffen.

Nicht weil sie grundsätzlich ökonomisch nicht möglich wäre. Sie ist vielleicht möglich und es kann und soll hier gar nicht kategorisch ausgeschlossen werden, dass sich einige fortgeschrittene Industrieländer, darunter auch die BRD, in ferner Zukunft einen solchen neuen Sozialstaat mit einem Grundeinkommen leisten können und werden. Was so jedoch entstünde, wäre ein nationaler Sozialismus. Die Lockerung in den sozialen Verhältnissen im Lande ginge einher mit einer unerträglichen Verhärtung gegenüber all jenen, die von außen kämen, weil die ja schließlich nichts Besseres im Sinn hätten, als dies wunderbare Grundeinkommen einzuheimen. Flüchtlinge bzw. alle, die auf irgendeine Art als Ausländer definiert würden, würden wieder einmal zur Projektionsfläche der Einheimischen, die als Exportweltmeister sich ihr Grundeinkommen auch deshalb leisten könnten, weil sie nicht schlecht an der Ausbeutung, die ihre Handelspartner anderswo in der Welt betreiben, beteiligt sind. Die deutlichen Wählerwanderungen von der Linken

zur AFD lassen Rückschlüsse auf das Ausmaß der hier herrschenden Angst zu, dass die anderen einem etwas wegnehmen. Ideologisch bedeutete mithin die Einführung eines Grundeinkommens als einer Einrichtung des Sozialstaates eine Regression. Sie würde dazu beitragen, die sozialen Verhältnisse durch einen immens gesteigerten Nationalismus zu überdecken.

Nach innen würde mit einem Grundeinkommen ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum demokratisch geläuterten totalen Wohlfahrtsstaat vollzogen – eine Entwicklung, die bestimmt die Friedhofsruhe im Land im Kontrast zur gesteigerten Aggressivität gegen Eindringlinge fördern würde und nicht nur von Ferne an den Wahn von der Volksgemeinschaft gemahnt. Der Luxus, sich ein Grundeinkommen erlauben zu können, würde, bei aller Vermittlung durch den Staat, wieder einmal der kapitalistischen Produktionsweise zugerechnet, so wie ihr, und nicht der Arbeit, die ihn produziert, bereits jetzt der Reichtum zugute gehalten wird, der seine Einführung ermöglichte. Die sozialen Gegensätze würden hingegen in noch stärkerem Maße, als es jetzt bereits der Fall ist, politisch institutionalisiert. Die Zunahme an Freiheit, die sich, wie sich die Linken erhoffen, in größerem bürgerschaftlichem Engagement äußern soll, ginge auf Kosten gesellschaftlicher Teilhabe und die Dissoziation der Gesellschaft und die soziale Vereinzelung würden vorangetrieben. Nach dem Motto: „Du musst ja nicht, wenn du nicht willst!“, würde die Entscheidung über die Arbeit und die Arbeitsbedingungen gewissermaßen bereits vor der Arbeitsaufnahme getroffen werden müssen, bzw. Arbeitnehmern, die unzufrieden mit den Arbeitsverhältnissen sind und sie verändern möchten, bedeutet, dass sie sich ja gefahrlos etwas Besseres suchen können. Die sogenannte Solidarität innerhalb der Belegschaften würde erheblich geschwächt, wahrscheinlich auch die Fluktuation deutlich erhöht, weil es nun jedem einzelnen überlassen wäre, die für ihn richtige Wahl zu treffen, und weil schon heute für den Inbegriff der Freiheit gilt, dass man den Fernseher ja auch ausschalten kann. An die Stelle existierender Mitbestimmungsbestrebungen würde die individuelle Wahlfreiheit treten. Gewerkschaftliches Engagement würde noch unattraktiver, als es so schon ist. Die Verantwortung für die Gestaltung seines Erwerbslebens würde ganz dem Individuum zugerechnet werden können und damit eben jene neoliberale Entwicklung zum Arbeitskraftunternehmer befeuert, die sich die Unternehmer so wünschen.

Die hingegen gewannen an Dispositionsfreiheit über die Produktion. Niemand könnte sich länger berechtigt fühlen, ihnen in ihre Geschäfte dreinzureden, auch wenn sie ein paar Arbeitsplatzverschönerungsmaßnahmen ergreifen müssten. Aber auch das läge nicht nur ganz und gar bei ihnen, sondern der Aufwand hielte sich auch in Grenzen. Denn wenn die Voraussetzung der Grundeinkommensidee stimmt, würden sie angesichts des Überangebots an Arbeitswilligen auch immer Dumme finden, die die Arbeit nach ihren Vorgaben machen. Aller Widerstand gegen ökonomische Entscheidungen würde aus den Betrieben herausverlagert und konzentriert in den

politischen Institutionen. Jede Einflussnahme auf wirtschaftliche Vorgänge müsste den Umweg über den Staat nehmen, der als einziger hier noch eingreifen könnte. Vielleicht würde die Gesellschaft dadurch notgedrungen politisiert, aber vor allem würden die politischen Institutionen gestärkt, weil alle Entscheidungen durch sie vermittelt würden. Die staatlich alimentierten Bürgerbeamten aber wären, bei allem wachsenden politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement aufgrund ihrer direkten Abhängigkeit vom Staat, dessen demokratische Fassade ihre Abhängigkeit vom Despotismus der Unternehmen nur überdecken würde, grundsätzlich affirmativ gegenüber der Politik eingestellt.

Solche Erwägungen könnten der Grund dafür sein, dass die Grundeinkommensidee auch bei Konservativen, Liberalen und Unternehmern einen gewissen Anklang findet. Als sozialstaatliche Einrichtung entpuppt sie sich unter den gegebenen Bedingungen – und das ist ihre Voraussetzung – als Fördermaßnahme zugleich nationalistischer und neoliberaler Vorstellungen. So zeigt sich wieder einmal, dass der vermeintliche Realismus, dem alle linken Parteien sich ergeben müssen, die zum bürgerlichen Demokratiespiel zugelassen werden wollen, nur das Gegenteil dessen hervorbringt, was erreicht werden soll.